

Norbert Näf, Kantonsrat CVP, Heiden
 Helmut Rottach, Kantonsrat CVP, Herisau
 Ursula Rüttsche, Kantonsrätin CVP, Herisau

Heiden/Herisau, 26. März 2012

An das
 Büro des Kantonsrates von
 Appenzell Ausserrhoden
 9100 Herisau

Postulat „Ortsbildschutzzonen überprüfen“

Das Ziel, ein angemessenes Bevölkerungswachstum im Kanton zu erreichen, versucht der Regierungsrat mit verschiedenen Massnahmen im Regierungsprogramm zu verfolgen. In der politischen Diskussion in den letzten Jahren gerieten immer auch wieder die Ortsbildschutzzonen in die Kritik. Es wird argumentiert, diese würden verhindern, dass der älteste Gebäudebestand in unserem Kanton nicht erneuert wird. In der Praxis wird erlebt, dass Grundeigentümer mit Gebäuden in Ortsbildschutzzonen in „vorausgehendem Gehorsam“ auf grössere Erneuerungen verzichten oder aus Angst vor behördlichen Einschränkungen zu zurückhaltend planen.

Deshalb regen wir an, die Ortsbildschutzzonen im Kanton grundsätzlich zu überprüfen. In den meisten Gemeinde-Baureglementen sind grundsätzliche Eingliederungsgebote für Neubauten und grössere Umbauten enthalten, welche anstelle der Ortsbildschutzzonen angewendet werden können. Für zusammenhängende Gebiete können bei Bedarf auch Sondernutzungspläne regeln, wie bestehende Bausubstanz für die Zukunft genutzt werden kann.

In folgenden acht Gemeinden gibt es Ortsbildschutzzonen von nationaler Bedeutung: Urnäsch, Herisau (nur Schwänberg), Schwellbrunn, Hundwil, Gais, Trogen, Heiden und Lutzenberg (nur Wienacht-Tobel). Diese erscheinen uns unbestritten. Bei einer allfälligen Abschaffung der kommunalen Ortsbildschutzzonen wäre auch zu prüfen, diesen Katalog der Ortsbildschutzzonen von nationaler Bedeutung nach Bedarf auf Antrag einzelner Gemeinden zu erweitern.

Beim vorliegenden Postulat geht es nicht um eine Kritik an der gut funktionierenden Denkmalpflege in unserem Kanton, sondern um eine offene, sachliche Diskussion über das notwendige Mass der Denkmalpflege.

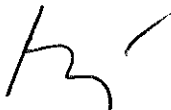
Gestützt auf Art. 70 der Geschäftsordnung stellen die Unterzeichnenden (und Mitunterzeichnenden auf der Rückseite) folgenden **Antrag**:

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu prüfen und innert Jahresfrist Bericht zu erstatten und Antrag zu erstellen, ob Ortsbildschutzzonen von kommunaler Bedeutung abgeschafft werden sollen (Art. 19 Abs. 3 lit. a ff BauG) und wie diese bei Bedarf durch geeignetere Instrumente ersetzt werden können. Gegebenenfalls ist aufzuzeigen, wie der Kanton eine massvolle Reduktion der Ortsbildschutzzonen erreichen kann.

Besten Dank für die Traktandierung und Behandlung unseres Postulates.

Freundliche Grüsse

Norbert Näf



Helmut Rottach



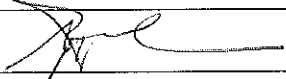

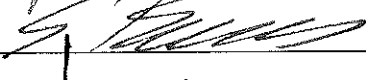
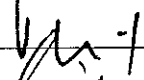
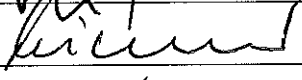
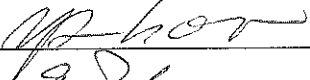
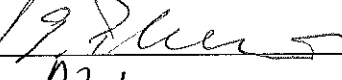
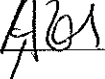
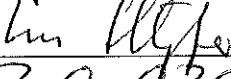
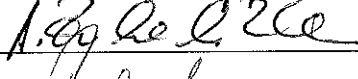
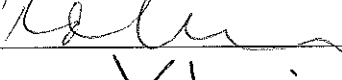
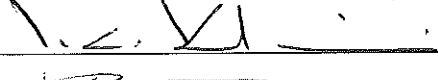
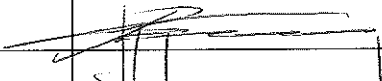
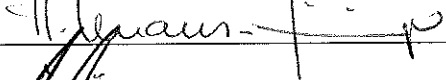


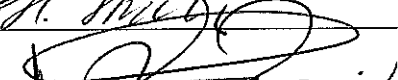


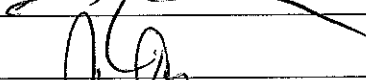
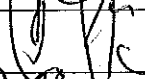
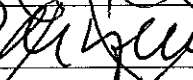


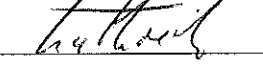
Ursula Rüttsche



Mitunterzeichnende siehe Rückseite

Postulat „Ortsbildschutzzonen überprüfen“ von Norbert Näf, Helmut Rottach und Ursula Rüttsche

Mitunterzeichnende

Name Vorname	Unterschrift
Rohrer Alex	
MENG CHRISTIAN	
Bischof Edgar	
Lilja Imit	
Frickenecht Max	
Yvette Anhorn	
Plötscher Ernst	
Zeller Nussbaum Andres	
Urs Schläpfer	
Andreas Zuberbühle	
Walter Rohner	
Jean-Louise Kleiner	
Peter Danuser	
Hedi Knäus-Gräninger	
Alfred Min	
Hoskeller Hahn	
Hans Stricker	
Florian Hunziker	
Michael Fühler	
Yves Noël Bakker	
Signer Paul	
Ernst Gähler	
Sturzenegger Hans-Ulrich	
Luk Sissone	
Rohner René	
Walthard Stephan	